

ES GILT DAS GESPROCHENE WORT!

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren,

die Sparpläne der Landesregierung bedrohen die Funktionsfähigkeit der Justiz in Brandenburg.

Das ist auch dem Justizminister bekannt, spätestens nach dem Gespräch mit den Präsidenten der Landgerichte vor einigen Wochen und nach den Ausführungen des OLG Präsidenten in der letzten Sitzung des Rechtsausschusses.

Ich bin dem Präsidenten des Oberlandesgerichtes, Wolfgang Kahl sehr dankbar, dass er außergewöhnlich offen und schonungslos in der Sitzung des Rechtsausschusses den Ernst der Lage in den Brandenburger Gerichten deutlich gemacht hat und die Kritik der Opposition an der Personalbedarfsplanung der Landesregierung teilt.

Ihre Personalbedarfsplanung, Herr Justizminister, ist eine einzige Horrorliste.

Sie planen demnach bis 2019 (ich muss das noch einmal wiederholen) weitere 211 Stellen in der ordentlichen Gerichtsbarkeit und bei den Staatsanwaltschaften abzubauen, darunter zahlreiche Richter-und Staatsanwaltsstellen, sie wollen beim Oberlandesgericht 2 Senate und an den Landgerichten 13 Kammern, also mehr als $\frac{1}{4}$ aller vorhandenen Gerichtskammern in Brandenburg schließen. Sie wollen Stellen für Gerichtsvollzieher streichen und sie gefährden mit dem Abbau von Justizwachmeisterstellen die Sicherheit an den Gerichten.

Das ist ein in der Geschichte des Landes Brandenburg einmaliger justizpolitischer Kahlschlag!

Sie treiben die Justiz auf die Straße, zum ersten Mal wird es am 28. Mai eine Demo von Richtern und Staatsanwälten geben.

Die Leitragenden dieser verfehlten Personalpolitik werden neben den Justizbeschäftigten aber auch die Bürgerinnen und Bürger sein.

Die Folgen Ihres geplanten Stellenabbaus sind offensichtlich:

- noch längere Gerichtsverfahren im Zivilrecht und bei der Vollstreckung von Titeln
- noch längere Gerichtsverfahren bei den Familiengerichten mit sozialen Folgelasten
- noch längere Verfahrenszeiten in den Fachgerichtsbarkeiten mit erheblichen sozialen und finanziellen Auswirkungen

Und das obwohl wir bereits heute schon bundesweit die rote Laterne bei den Verfahrenslaufzeiten haben.

Und auch die Strafverfahren werden sich weiter verlängern. Gerade hier besteht die Gefahr, dass durch Verfahrensverzögerungen Untersuchungshaft nicht mehr angeordnet werden kann, es zu Haftentlassungen kommt oder keine schuldangemessenen Strafen mehr verhängt werden können.

Ich darf in diesem Zusammenhang daran erinnern: Die 7. Kleine Strafkammer des Landgerichtes Potsdam hatte bereits 2012 den damaligen Justizminister Dr. Schöneburg massiv für seine Personalpolitik kritisiert und der Landesregierung eine Gefährdung der Strafverfolgung vorgeworfen.

In einem Urteil des Gerichts hieß es, ich zitiere: „Es scheint, dass die Justizverwaltung, insbesondere das Justizministerium des Landes Brandenburg, an den Belangen der Justiz vollkommen desinteressiert ist und sich lediglich dem Spardiktat des Finanzministers beugt“.

Daran hat sich leider bis heute nichts geändert.

Im Gegenteil, der heutige Justizminister vollzieht den Stellenabbau, den er als Finanzminister damals noch nicht durchsetzen konnte und nimmt damit längere Gerichtsverfahren in Brandenburg billigend in Kauf.

Sie verstoßen damit auch gegen unsere Landesverfassung, die jedem Bürger in Artikel 52 ein Grundrecht auf ein zügiges Verfahren garantiert. Das Landesverfassungsgericht hat den Haushaltsgesetzgeber und die Landesregierung aufgefordert, eine angemessene Verfahrensdauer durch eine entsprechende personelle und sachliche Ausstattung der Gerichte sicherzustellen.

Davon sind Sie meilenweit entfernt. Sie gefährden stattdessen mit Ihrer Politik den Rechts- und Wirtschaftsstandort Brandenburg.

In Ihrem Koalitionsvertrag- zur Erinnerung- den haben Sie gerade mal vor 6 Monaten beschlossen- heißt es: „Für einen effektiven und zeitnahen Rechtsschutz müssen den Gerichten die erforderlichen personellen und sachlichen Ressourcen zur Verfügung stehen.“ Zitatende

Da kann ich nur sagen, Schön wär es!

Sie machen genau das Gegenteil davon, was Sie den Brandenburgern versprochen haben.

Und das merken nicht nur die Beschäftigten in der Justiz, dieser von Ihnen geplante massive Stellenabbau in der Justiz wird mittlerweile auch öffentlich von den Behördenleitern in der Justiz kritisiert.

Der Leitende Oberstaatsanwalt in Neuruppin, Wilfried Lehmann, beispielsweise, nannte Ihre Sparpläne eine „Milchmädchenrechnung“ und der Präsident des Landgerichts

Frankfurt/Oder sagte “ Wir müssen aufpassen, dass wir den Wagen nicht gegen die Wand fahren.“

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
die Justiz ist nicht eine x-beliebige Behörde, die Justiz ist die dritte Gewalt und das Rückgrat unseres Rechtsstaates.
Sie ist völlig ungeeignet zum fiskalischen Spielball des Finanzministers zu werden.

Deshalb, Herr Justizminister, halten Sie inne. Legen Sie nicht die Axt an eine gute, bürgernahe und effiziente Justiz!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!